

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Samstag, den 5. Mai 1923

Bezeichnete Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind dabei von bestem Erfolg.

Der Verlag hat sich verpflichtet, die in dieser Zeitung veröffentlichten Anzeigen in bestmöglicher Weise zu veröffentlichen. — Die in dieser Zeitung veröffentlichten Anzeigen sind von bestem Erfolg.

Telegraphische Adresse: Gesellschaft Nagold. Postfachnummer: Stuttgart 6113.

erscheint an jedem Sonntag. — Einzelnummer 120.

Bezugspreis im April 1923. — Einzelnummer 120.

Wichtiges Gebot für die einseitige Seite aus geographischer Sicht oder deren Raum bei einmaliger Einrückung 150. Familienanzeigen 120. bei mehrmaliger Abgabe nach Tarif. Bei gerichtl. Betreibung 1. Kontarier 2 der Abgabe hinfällig.

Nr. 104

Samstag, den 5. Mai 1923

97. Jahrgang

Tagespiegel

Die polnische Regierung hat die Reichsregierung aufgefordert, das deutsche Konsulat in Thorn bis zum 15. Mai anzuschließen, da der Konsul „polenunfreundliche Handlungen begangen habe“. — Das Verlangen der Polen ist eine offensichtlich unfreundliche Handlung gegen Deutschland.

Der polnische Kriegsminister Sosnowski überreichte im Katorisch dem Marschall Joch auf der Durchreise nach Warschau im Namen des Präsidenten der Republik den polnischen Marschallstab.

Politische Wochenschau

Selten wird es vorgekommen sein, daß die Regierung eines Landes, dem so unzulässiges Unrecht, so brutale Gewalt zugefügt worden ist, wie in viereinhalb Jahren und besonders in den letzten Monaten dem Deutschen Reich, ohne Anzeichen der Empörung von sich aus den ersten Schritt tut, damit erträglichere Zustände herbeigeführt werden können. Die Regierung Cuno hat veranlaßt durch die bekannte Rede des Lord Curzon im englischen Oberhaus und — was nicht zu verkennen ist — unter einem gewissen innerpolitischen Druck — den Schritt gewagt. In der Nacht zum 2. Mai ging an die Regierungen in Washington, London, Paris, Brüssel, Rom und Tokio eine deutsche Note mit einer neuen Bereitwilligkeitserklärung hinaus, mit Gold und Sachgütern bis an die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit zu bezahlen. Eine Abschrift der Note wird überdies an die kleineren Staaten, die den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben, ferner an die hauptsächlich in Betracht kommenden neutralen Staaten und an den Papst gesandt.

Der neue Schritt wurde im Einverständnis mit den Regierungen der deutschen Bundesstaaten und der Mehrheit der Reichstagsparteien unternommen und er ist geeignet, nicht nur vor aller Welt den schärfsten Beweis für die Mäßigkeit, den guten Willen und die Aufrichtigkeit der Reichsregierung zu führen, sondern auch die französische Politik auf die Probe zu stellen, ob es ihr Ernst ist, an einem wahren Frieden in Europa mitzuwirken, oder ob sie wie bisher auf einen Frieden der Unterjochung hinstrebt, der Deutschlands Lebensrecht im Kreis der großen Kulturvölker gewaltsam niederschlägt. Unter der Voraussetzung, daß der durch WTB amtlich verbreitete Wortlaut richtig verstanden wird — das ist keineswegs selbstverständlich; manche Stellen der Note sind nicht ohne weiteres klar, der meisterhafte diplomatische Stil Bismarcks scheint unüberwindlich verloren zu sein —, will die Reichsregierung versuchen, auf dem internationalen Weltmarkt, vor allem in Amerika, zugunsten der Entschädigungsfähigkeit eine Anleihe in der riesenhohen, in Friedenszeit noch nie dagewesenen Höhe von 20 Milliarden Goldmark aufzunehmen. Die Anleihe soll bis zum 1. Juli 1927 nicht aus besonderen Leistungen des deutschen Volkes, sondern aus dem Anleiheertrag selbst zu etwa 5 Prozent verzinst und 1 Prozent getilgt werden. Darin bestünde der sogenannte Zahlungsausschub. Am 1. Juli 1929 und 1931 sollen weitere je 5 Milliarden Goldmark fällig werden. Wenn über diese zweite und dritte Note auch gegebenenfalls noch eine unparteiische internationale Kommission zu entscheiden haben wird, so ist doch kaum anzunehmen, daß diese Kommission diese weiteren 10 Milliarden Deutschland nicht auch auslösen wird, wenn sie nicht noch wesentlich darüber hinausgeht. Tatsächlich übernimmt also die Reichsregierung eine feste Gesamtverpflichtung von 30 Milliarden Goldmark, zu denen nach dem 1. Juli 1927 noch 5 Prozent Zinsen zugunsten der Verbündeten kommen. Verzinsung und Tilgung des Anleihebetrags an die Anleihegeber gingen natürlich nebeneinander. Diese Schuld bedeutet für Deutschland eine jährliche Leistung von mindestens 1,8 Milliarden Goldmark oder 18 Billionen Papiermark, vorausgesetzt, daß die Mark nicht mehr wertlos ist als sie am heutigen Tag gerufen ist (1 Dollar gleich 4000 Mark). Der Reichstangler hat aber in seiner Rede und mit den Ministerpräsidenten der Bundesstaaten am 1. Mai gleich darauf aufmerksam gemacht, daß für die Verzinsung der Anleihe mit einem wesentlich höheren Satz als 5 Prozent zu rechnen sein werde.

Von der Schwere dieses Opfers, das getragen werden soll, um die Freiheit zu erkaufen, legen sich noch lange nicht alle Kreise unseres Volks Bewußtseins ab. Man kann das Opfer nur würdigen, wenn man es neben die bereits vollzogenen Leistungen seit dem Kriegsende stellt. Bis Ende Dezember 1922 hat Deutschland Werte von nicht weniger als 57 Milliarden Goldmark hingeben müssen, die sich auf weit mehr als 100 Milliarden erhöhen, wenn man den Wert Elbsch-Rohrtragers und der andern Reichsgebiete im Norden, Westen und Osten, der deutschen Kolonien und den militärischen Rücklag in den Räumungsgebieten hinzurechnet. Es wäre daher zu wünschen gewesen, daß diese Leistungen in der deutschen Note selbst noch einmal dargestellt worden wären; in einem amtlichen Schriftstück von solcher Tragweite wäre die Zusammenstellung in ganz anderer Weise zur Geltung gekommen als in den bis-

herigen Veröffentlichungen der Zeitungen, von denen weder die Regierungen noch die Blätter des Auslands genötigt sind, Vermerke zu nehmen. Leider ist auch die Gelegenheit, der Welt zu sagen, was der Einbruch ins Ruhrgebiet für die deutsche Wirtschaft bedeutet, nicht entfernt ausgenutzt worden. Diese gewaltigen Schäden hätten doch ausdrücklich in Abzug gebracht und es hätte erklärt werden müssen, daß die Gegenrechnung sich mit jedem weiteren Tag der feindlichen Besetzung verzählere. Und was die Bürgschaften für die Verzinsung und Heimzahlung der Anleihe betrifft, so der die gesamte deutsche Wirtschaft durch Gesetz verpflichtet werden soll, so werden in der Note zwar bestimmte Vorschläge nicht gemacht, nach der Fassung dieses Angebots scheint aber wenigstens mittelbar die Gesellschaft der Anteilhaber Gläubigerin des deutschen Privatvermögens werden zu sollen oder zu können, die ihre Ansprüche von deutschen Privatleuten schließlich auch gerichtlich eintreiben lassen kann. Welche Folgen das haben kann, bedarf wohl keiner besonderen Ausführung. — Die deutschen Gegenforderungen beschränken sich darauf, daß jede Verhandlung davon ausgehen habe, daß „innerhalb kürzester Frist“ der frühere Stand wiederhergestellt wird, und zwar nicht nur, wie er vor dem 12. Januar, sondern wie er vor der Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort war, und daß es mit der Politik der Pfänder und Sanktionen kein Ende haben müsse.

Die Note der Reichsregierung hat der Ruhrbevölkerung den Beweis gegeben, daß die Regierung sich keine ernste Möglichkeit zu Verhandlungen zu kommen, entgegen läßt. Das ist bei der wahrscheinlichen Notwendigkeit, den passiven Widerstand fortzusetzen, nicht zu unterschätzen. Aber nun die Hauptfrage: Was sagen die anderen? Die Amerikaner jucken die Achseln und tun, als ob die ganze Sache sie gar nichts angehe, weil sie an den Entschädigungszahlungen ja nicht beteiligt seien. Sie wollen zwar die Note „ernstlich prüfen“, aber eine eigentliche Beantwortung hoffen sie für überflüssig. Die englische Regierung, ausgesprochen ist, die durch ihren Wortführer Curzon den deutschen Schritt unmittelbar veranlaßt habe, glaubt ebenfalls einer Beantwortung der Note sich enthalten und sich darauf beschränken zu dürfen, in Paris und Brüssel anzufragen, wie man dort über den deutschen Vorschlag, der die englische Regierung nicht beleidigt zu haben scheint, denke. Die gedruckte „öffentliche Meinung“ Englands ist zum Teil nicht so spröde; sie findet es immerhin lobenswert, daß Deutschland seinen guten Willen zur Veröhnung gezeigt habe, einige Blätter machen sogar Frankreich für alle Folgen verantwortlich, wenn es die deutsche Note nicht wenigstens als Grundlage ethischer Verhandlungen gelten lassen wolle. Das ist aber auch alles. Was Belgien betrifft, so wäre es, wie es scheint, nicht abgeneigt, in Verhandlungen einzutreten, wohl in der Voraussetzung, daß die berühmte internationale Sachverständigenkommission schon für eine ergiebige Erhöhung der Entschädigung sorgen werde. Auch in Italien ist man nicht warm und nicht kalt; man möchte endlich zu Geld kommen, aber man kann davon nie genug bekommen, wie in Belgien.

Was die deutsche Reichsregierung auf ihre Note von diesen Mächten erfahren hat, ist eine Enttäuschung. Nicht enttäuscht hat nur Frankreich. Die Tinte auf dem Berliner Dokument war noch nicht trocken, da wußten die Pariser Blätter — angeblich über die Schweiz — schon, was drin stand. Und dann wurde auf Deutschland und Cuno gewettert, was Zeug hielt. Der französische Ministerrat beschloß unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand einstimmig, dem deutschen Vorschlag abzulehnen, nicht nur weil das Angebot ungenügend sei, sondern — namentlich — weil die Reichsregierung als die „Besetzte“ sich erhebe, Bedingungen zu stellen, nämlich die Räumung des Ruhrgebietes und den Verzicht auf Sanktionen. Poincaré ließ noch, um nicht aus der Rolle zu fallen, durch seine Blätter und die Havas-Agentur verkünden, die „gebührende“ Antwort werde Deutschland im Ruhrgebiet erteilt werden.

Die Antwort ist zum Teil schon im Voraus gegeben. Freiherr Krupp von Bohlen und Halbach wurde als Zeuge in dem Prozeß gegen seinen Direktor vor das französische Kriegsgericht geladen und — verurteilt. Er soll sich mit jenen wegen des schmerzlichen Verbrechens verantworten, daß er und die andern Ansehligen an dem blutigen Karlsruhtag bei dem französischen Einbruch in die Kruppwerke nicht verhindert habe, die Maschinen und sonst noch nicht beanstandeten Dampfmaschinen zu lassen. Für die Führung des Prozesses hat General Degoutte, der Melac des Ruhrgebietes, schon die Richtlinien vorgezeichnet, indem er den tapferen Leinwand, der mit Ansehensgegenständen auf die Kruppwerke trafen, wenn seiner tadellosen Haltung öffentlich befohle. Die Verurteilung der Angeklagten wird ein treffliches Mittel sein, die französische Blutschuld abzuputzen — und mindestens einige hundert Millionen Mark an Geldstrafen einzulassen. So wurden ja erst dieser Tage zwei Direktoren der Reichshütte in Hoffingen zu 150 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt, weil sie sich angeblich erdreisteten haben sollen, Kohlen ohne Zoll aus dem besetzten Gebiet anzuführen. Die Stadt Duisburg hat 75 Millionen Mark Buße zu zahlen, weil die Franzosen mit den Verkehrsapparaten der Eisenbahn nicht

umzugehen verstanden; „böswillige Sabotage“ nennt das das französische Gericht. Auf Befehl Degouttes wird nun auch die verweigernde, weil von der Reichsregierung unterlassene Ausfuhrung der Kohlensteuer in der Weise „bestraft“, daß dafür irgendwelche erreichbaren Industriemärkte weggenommen werden. Ein Befehl Degouttes droht jede Herabsetzung, Erschwerung oder Verzögerung der Kohlenausfuhrung oder die Anstiftung dazu mit Gefängnis von 5 Jahren und Geldstrafen nicht unter 10 Millionen Mark. Die ins unbesetzte Gebiet gehende Post wird beschlagnahmt, — rüchlos ist die Reihe der Maßnahmen, die die Antwort auf die deutsche Note zu bilden bestimmt sind, und wie viele noch kommen!

Fürwahr, die Franzosen haben die Probe auf die Friedensabsichten schlecht bestanden. Aber auch die Regierung Cuno steht vor einer Probe. Der überspannte Bogen Poincarés muß brechen, wenn die Regierung den passiven Widerstand, zu dem sich erst neuerdings wieder alle Bevölkerungskreise der besetzten Gebiete entschlossen bekannt haben, tatkräftig führt, unbeirrt um Widerstände von außen oder innen. Es geht, wie der Reichskanzler zu den Ministerpräsidenten sagte, um Deutschlands Zukunft, um Sein oder Nichtsein. Dem Ausland gegenüber hat die Regierung den ehrlichen Willen gezeigt, sie hat ihm gegenüber ein gutes Gewissen, das auch sicher je längere je mehr anerkannt wird. Quertreibern im Innern aber muß rüchlos begegnet werden. Es ist doch unerschrocken, daß die Börsen auf die deutsche Note hin den Dollar auf 40 000 hinaufführt und die alte Mark auf den zehnhundertsten Teil entwertet. Was helfen da alle Maßnahmen zur Befestigung der Mark und zum Preisabbau? Sie werden zum Scherz. Das Gesetz gegen die Devisenspekulation ist dem Reichsrat zugegangen; hoffentlich ist es besser als seine Vorgänger und erlaubt auch die großen Spekulanten. Uebrigens ist festzustellen, daß auch bei dem neuen Marksturz wieder die französische Regierung die treibende Kraft war.

Um die innere Widerstandskraft gegen den letzten französischen Sturmhauf zu erhalten, dazu gehört auch die Sicherheit, daß wir mit unseren Lebensmitteln auskommen. Zu diesem Zweck hat die Reichsregierung, da die Getreidemenge nach Ablieferung des letzten Sechstels aufhört, eine neue Ordnung der Getreidewirtschaft aufgestellt, die einen Vorrat von 34 Millionen Tonnen vorrät, von dem der größere Teil aus der ausländischen Getreidezufuhr, die nun dem freien Handel überlassen werden soll, zu decken ist, während 14 Millionen Tonnen der inländischen Ernte auf Grund von Lieferungsverträgen entnommen werden. Von Reichswegen verbilligtes Brot wird es nun nur noch für die wirklich Bedürftigen bis zu einem gewissen Einkommen oder Nettoeinkommen geben und die Kosten werden durch eine Steuer von mehreren Milliarden aufgebracht. Die Brotarten fallen weg, und mit ihnen fällt die Reichsgetreidestelle, der niemand eine Träne nachweinen wird.

Sind wir im Innern gewappnet, so brauchen wir das französische Loden nicht zu fürchten, es ist viel zu viel Theater dabei. Trotzdem die Eindringlinge eine Jede um die andere wegnehmen und im Ruhrgebiet Kohlen in Massen daliegen, wird der Kohlenmangel in Frankreich und Belgien immer bedrohlicher. Es fehlen die Eisenbahnen und noch mehr die Eisenbahner. Bis zum 28. April haben die Feinde 432 700 Tonnen Kohlen und Koks, also in 105 Tagen etwas über 4000 Tonnen täglich abgeföhren; vor der Besetzung rollten täglich rund 60 000 Tonnen ab. In Vöhringen müssen weitere 14 Hochöfen stillgelegt werden. Dazu kommt, daß Frankreich in Kleinasien vor einem ersten Zerwürfnis mit den Türken steht. Es handelt sich angeblich darum, daß die Türken ihre Vorderlandsschulden an Frankreich nur in dem erweiterten französischen Franken verzinsen wollen, während Frankreich die Bezahlung in türkischen Goldpfund verlangt. In Wirklichkeit ist der Grund, daß Frankreich durch Abmachungen der Türkei mit einer amerikanischen Gesellschaft über einen großen Bahnbau in Kleinasien, der vor dem Krieg den Franzosen zugestanden worden sein soll, und über die Ausbeutung der Erdölquellen in Mossul sich benachteiligt fühlt. Das Geld spielt eben wieder die Hauptrolle. Es muß nun nicht gleich zu einem Krieg kommen, wenn auch die Franzosen nach ihrer Art schon gewaltig mit dem Säbel rasselten. Die Fähigkeit und Gewandtheit der Türken wird schon Wege zu finden wissen, daß die Franzosen sich beruhigen — und doch nichts bekommen. Aber es ist nicht ohne Vorteil für uns, daß Frankreich auch nach einer anderen Seite sein Aufmerksamkeitslicht richten muß. Trotz alles Siegesgeflüres ist es Poincaré in seiner Haut weniger wohl als je. Also immer wieder: bleiben wir fest! Das bekannte Wort Hindenburgs gilt heute ganz besonders: Siegen wird, wer die Kerzen behält.

Deutscher Reichstag

Berlin, 4. Mai. Nach der mehrstündigen Pause trat gestern der Reichstag wieder zusammen. Vor einem großen Tag erwartet hatte, sah sich getrübt. Die Anfrage der Deutschnationalen Volkspartei über das Vorgehen der Regierungen in Preußen, Sachsen, Thüringen und Hessen ge-



gen die Deutschösterreichische Freiheitspartei wurde auf Antrag der Demokraten und ihres Ministers Dezer von der Tagesordnung abgelehnt, weil die Besprechung dieser Angelegenheit zurzeit aus außenpolitischen Gründen nicht erwünscht sei. Die Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums wird fortgesetzt. Abg. Aufhäuser (Soz.) befürwortet eine Regierungsforderung, für die Internationale Arbeitsamt in Genf einen Reichsbeitrag zu gewähren, um nicht noch die letzten internationalen Gärten zerreißen zu lassen. Abg. Lambach (Deutschnat.) spricht gegen den Vorschlag; man dürfe der fremden Industriespionage, auf die das sogenannte internationale Arbeitsamt hinauslaufe, nicht die Tür öffnen. Die Abstimmung wird vertagt. — Nächste Sitzung Freitag. Abstimmung über das Gesetz zum Schutz der Versammlungsfreiheit, das infolge der durch Obstruktion der Sozialdemokraten herbeigeführten zweimaligen Verschiebung des Hauses bis jetzt noch unerledigt geblieben ist.

Abg. Lambach und Gen. haben einen Antrag eingebracht, die Regierung möge eine Denkschrift vorlegen, in der die gesetzgeberischen Möglichkeiten für eine Beteiligung der Angestellten und Arbeiter am Betrieb und Ertrag der in Gesellschaftsform betriebenen Unternehmungen (Bezugsrecht auf neu auszugebende Anteilscheine, gegebenenfalls auch durch Wertgemeinschaften) dargestellt werden.

Das alte Lied

Die Liste der Schanddielen

Berlin, 4. Mai. Im Kreis von Reichstagsabgeordneten sagte Reichsminister Cuno, eine amtliche Zusammenstellung der unzähligen Verbrechen der Besatzungstruppen im Ruhrgebiet sei in Vorbereitung. Mit Rücksicht auf die eingeleiteten diplomatischen Schritte könne die Liste aber vorläufig noch nicht veröffentlicht werden.

Essen, 4. Mai. Bis 2. Mai sind von den Franzosen 53 Schanddielen befreit worden.

Ueber die Dauer der Gerichtsverhandlungen wird die Stadt Werden für vier Tage vom Verkehr abgesperrt. Nur Personen mit Ausweisen dürfen die Stadt betreten. Die Ruhrbrücke ist von einer starken Abteilung besetzt. Die Besatzungstruppen in Werden sind bedeutend verstärkt worden. Die Franzosen beschreiben Heberfälle der Kruppworker. — Die Angst ist unnötig, denn in den Krupp-Works wird gearbeitet wie gewöhnlich.

Zwecks Berichterstattung über den Krupp-Prozess ist eine eigene Telegraphenleitung von Werden nach Paris gelegt worden.

Auf dem Bahnhof Essen-Süd erfolgte bei der Brücke eine Explosion. Mehrere Telegraphenmasten wurden umgestürzt.

Horst-Emscher, 4. Mai. Betrübene französische Soldaten erpresen auf der Straße von sechs Bürgern und drei Weiblichen unter Verhaftung der Revolver die Herausgabe ihres Geldes.

Neue Nachrichten

Schlägerei im preussischen Landtag

Berlin, 4. Mai. In der heutigen Sitzung des preussischen Landtags nannte der kommunistische Abgeordnete Ragh die Sozialdemokraten ein „lauffestes Gefindel“. Als er das Rednerpult verlieh, packte ihn der Sozialdemokrat Bahlke. Der Kommunist Hoffmann kam Ragh zu Hilfe, aber nun wurden beide über eine Bank gezogen und verhaften. Es kam darauf zu einer schweren Schlägerei zwischen beiden Parteien, an der über 20 Abgeordnete beteiligt waren.

Die Antwort Frankreichs

Paris, 4. Mai. Halbamtlich erzählt man, die französische und belgische Regierung seien einverstanden, keine wesentliche Forderung des Londoner Zahlungsumsatzes vom 3. Mai 1921, das Deutschland unterschrieben habe, zuzulassen. Bevor der „von der Reichsregierung geleitete“ passive Widerstand nicht aufgegeben sei, werde man sich überhaupt in keine Verhandlungen mit Deutschland einlassen. Das Ruhrgebiet werde von Frankreich nur nach Übergabe der Zahlungen geräumt, es bleibe als „Pfand für die deutsche Aufrichtigkeit“ in französischer Hand, worauf Deutschland schon wiederholt amtlich aufmerksam gemacht worden sei. „Echo de Paris“ bemerkt, wenn Belgien weiter gehen und ein bestimmtes Programm aufstellen wolle, so müsse es die Verantwortung tragen, einen Wortlaut nach Berlin zu senden, der mit den Abmachungen in Paris nicht übereinstimmt. Damit ginge man den Deutschen in die Falle.

Wie verlautet, wird die französische Antwortnote von Deutschland verlangt, daß es England und Amerika erlaube, auf ihre Entzügen an Frankreich zu verzichten.

Die französische Antwort wird nach dem „Journal“ acht bis neun Seiten umfassen.

Poincaré besprach sich wiederholt mit Barthou, dem Vorsitzenden der Untersuchungskommission.

Belgien lehnt ab

Brüssel, 4. Mai. „Etoile Belge“ schreibt, die belgische Regierung sei von dem deutschen Angebot enttäuscht worden. Wahrscheinlich werde eine Besprechung mit Poincaré in Brüssel stattfinden.

Der englische Pferdefuß

London, 4. Mai. Die „Times“ schreibt, es sei für Deutschland zwecklos, Frankreich um die Räumung des Ruhrgebiets „in kürzester Frist“ zu eruchen; das könne alles und nichts bedeuten. Deutschland könne in seinem und Europas Interesse nichts Besseres tun, als seinen sinnlosen Widerstand aufzugeben und zu kapitulieren. Dann könne Deutschland das Versprechen bekommen, daß es auf der einzuuberufenden Konferenz der Verbündeten „wenigstens“ vertreten sein dürfe. Die am Friedensvertrag beteiligten Verbündeten seien die alleinigen Schlichter, ebenso wie sie die ersten Schlichter waren. — War das so gemeint, Herr Curzon?

Der Krupp-Prozess

Werden a. R., 4. Mai. Im großen Saal des Gasthauses Haas begann heute die Verhandlung gegen Frhr. v. Krupp und seine Direktoren. Als die Angeklagten im Saal erschienen, erhoben sich alle anwesenden Deutschen als Huldtung. Die Anklageschrift legt den Beschuldigten „Komploit“ und Umtriebe gegen die Sicherheit der französischen Truppen zur Last. Zuerst ergreift von den vier Verteidigern Dr. Grimm das Wort und erhebt rein juristisch gegen die unrechtmäßige französische Gerichtsbarkeit erklärt sich nach Staatsbürger Widerspruch. Der Gerichtshof erklärt sich nach längerer Beratung für zuständig. Frhr. Krupp v. Böhle wird einem eingehenden Verhör unterzogen. Am 31. März, erklärt Krupp, kurz vor 9 Uhr habe Direktor Hartwig ihm mitgeteilt, daß nach Vereinbarung mit dem Betriebsrat die Sirenen in Tätigkeit gesetzt worden seien. Die Arbeiter verlangten es ausdrücklich, da es sich bei den Kraftwagen der besetzten Halle um Fahrzeuge handelte, die für die Fabrik und hauptsächlich für die Arbeiter benötigt wurden. Später habe er sich zu einer Besprechung der Direktoren begeben. Auf die Frage des Vorsitzenden und des Staatsanwalts führt Herr v. Krupp aus, es sei ihm entfernt nicht der Gedanke gekommen, daß es ein Unglück geben könne, umso weniger als die Sirenen vor 10½ Uhr schweben und von der Straße kein Ton mehr in das 100 Meter entfernte Beratungszimmer drang. Nach 11 Uhr sei jemand in das Zimmer mit der Nachricht getreten, es sei geschossen worden. In höchster Erregung sei alles aufgelaufen. Man habe die flüchtenden Arbeiter noch sehen können. — Die Verhandlung wurde nach 11 Uhr auf nachmittags 2 Uhr vertagt.

Berlin, 4. Mai. Im preussischen Landtag wurde der von den Deutschnationalen gegen den Innenminister Severtin eingebrachte Mißtrauensentwurf in namentlicher Abstimmung mit 243 gegen 79 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Württemberg

Stuttgart, 4. Mai. Vom Rathaus. Der Gemeinderat bewilligte für die Lehrmittelsbeschaffung für den hauswirtschaftlichen Unterricht der Fortbildungsschulen 3½ Millionen Mark. Es wurde aber das Bedauern ausgesprochen, daß die Schule mit dem Geld nicht der Finanzlage entsprechend zu wirtschaften versteht. Für die Volksbibliothek, die sich in Kollage befindet, wurde ein Betrag von 1 Million Mark ausgemessen. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Bibliothek in städtische Verwaltung zu übernehmen, fiel durch, weil dann die Unrentabilität erst recht groß würde. Schließlich wurden für die Ruhrhilfe 3 Millionen Mark genehmigt. Dagegen waren nur die Kommunisten.

Stuttgart, 4. Mai. Streit. Die Brauereiarbeiter von Stuttgart und Umgebung sind heute früh in den Ausstand getreten.

Falschsprünge. Gelegentlich der Landwirtschaftlichen Ausstellung wird der bekannte Luftspringer Leih am Pfingstsonntag und Montag Absprünge mit dem Fallschirm ausführen.

Abgehört. In der Kolbstraße stürzte ein 23jähriger verheirateter Kommunist 18 Meter hoch vom Dach eines Hauses. Er erlitt schwere äußere und innere Verletzungen.

Gundelsheim a. N., 4. Mai. Salzjunde. Auf Gundelsheimer und Böttlinger Moräne wurden anscheinend nicht unbeträchtliche Salzjunde festgestellt.

Börslingen, Olt. Göttingen, 4. Mai. Gemeindevereinigung. Der Gemeinderat hat mit den Gemeinderäten der Teilgemeinden Breesch und Zell die Hebereinkunft getroffen, die drei Gemeinden zu einer einfachen Gemeinde unter dem gemeinsamen Namen Börslingen zu vereinigen. Die Regierung hat den Beschluß bereits bestätigt.

Renningen, Olt. Göttingen, 4. Mai. Diamantene Hochzeit. Die Eheleute Josef und Agnes Riegel feierten das Fest der diamantenen Hochzeit.

Urach, 4. Mai. Jubiläum. Der Vorstand der hiesigen Volks- und Mittelschule, Rektor Ruhn, kann auf eine 40jährige Lehrtätigkeit an der Volksschule und auf eine 23jährige Dienstzeit als Schuldirektor zurückblicken. Lehrer und Schüler veranstalteten aus diesem Anlaß im Anschluß an die Schlußprüfung eine feierliche Feier.

Biberach, 4. Mai. Trau, schau wem? Ein junger Mann wollte sich im Jordanbad durch ein Bad erfrischen. Er überließ sein Federbett inzwischen der Obhut eines jungen Mädchens, deren Bekanntheit er soeben gemacht hatte. Als er aber vom Bad zurückkam, war das Dämmchen mit dem Bad verschwunden.

Tom Bodensee, 4. Mai. Kilometerhehle. Die Wiedererrichtung der Kilometerhehle bei der Bodenseehausenstraße steht in Aussicht. Für die Benutzung dieser Dampfhehleabonnements sollen zunächst nur hiesige Anwohner des Bodenseegebiets in Frage kommen. Die Kilometerhehle bringen eine Preisermäßigung von 25 Prozent.

Freudenstadt, 4. Mai. Reichsminister Cuno ist mit Gemahlin und Begleitung hier eingetroffen und hat, wie in früheren Jahren, im Kurhaus Rappen Wohnung genommen. In voriger Woche weilte Reichspräsident Ebert zu kurzem Erholungsurlaub hier im Kurhaus Waldsee.

Der Reichsminister gedenkt am Montag wieder nach Berlin zurückzukehren, da bis dahin die Wirkung der Rote des Reichsregierung im Ausland zu übersehen sein dürfte.

Sals a. N. Der erste Bienenschwarm erhielt am 1. Mai Herrn Pfleiderer von Geroldsee.

Aus Stadt und Bezirk.

Angold, 5. Mai 1923.

Zum Sonntag.

Dem Frühling mit seiner Blütenpracht und Lebenskraft sind die letzten Reste des Winters gemüht. Auch bei den Menschen mußte die schwere, graue Winterkleidung in Schürzen und Schabracken verschwinden. Sie zieht nicht zu der sonnigen Freude. Wie oft aber muß ein anderer Frühling vergeblich um Einlaß bitten! Der Frühling der die Menschen innerlich erfrischt. Wie viele wollen des Winters Stürmen nicht hagen! Sie wollen ihr altes, kaltes, verstaubtes und abgetriebenes Leben behalten. Die Gottesdienste darf nicht in Herz und Haus klingen. Und doch, wie hell, wie lebendig würde denn alles! Wüßte

du nichts davon wissen: „Die Sonne die mir leuchtet, ist mein Herr Jesus Christ, das was mich singen machet, ist, was im Himmel ist.“ M. E.

Von Herzen

Was der Augenblick geboren,
klingt der Augenblick hinab;
aber ewig bleibt es unvertoren,
was das Herz dem Herzen gab.

M. Stifter.

„Volkstum in Not“ heißt das Thema über das D. Studien-Dirleker Ernst aus Brönnberg heute Abend im Seminarssaal sprechen wird. Möge der Vortrag, der überall regstem Interesse begegnen, auch hier reichlich besucht werden. (S. Wapeler).

Kriegserntewerben, die sich vor dem 1. April 1920 wiederholtet, die Abfindung aber erst nach dem 31. März 1920 erhalten haben, wird nach einer Verfügung des Reichsarbeitsministeriums im Falle der Bedürftigkeit auf Antrag ein Zuschlag zu der bereits bezahlten Abfindung gewährt. Der Zuschlag beträgt einschließlich der steuerfrei gewährten Abfindung in Dreiklassen C 8000 M., D 7000 M. und E 6000 M. Witwen, die die Abfindung in der Zeit vom 1. Jan. 1920 bis 31. März 1920 erhalten haben, kann unter denselben Bedingungen die Hälfte dieses Zuschlages gewährt werden.

es. Auf zur Sommerhilfe. Wer dem Elend der deutschen Arbeiterwelt nachgeht, sieht darauf, daß dahinter ein fast noch größeres Elend der deutschen Mütter steht. Will man darum den Kindern recht helfen, so muß man ihnen die Mütter möglichst lange erhalten. Die vielen Mütter, die unter den Unbilden der Arbeit, der Sorgen und Entbehrungen an Zusammenbrechen sind, brauchen dringend möglichst jede Jahr eine Hilfe zur Ausspannung und Ausruhen, ein Erholungszug zu solcher Zeit und bei besserer Ernährung. Wie dankbar wären viele Frauen in den Städten für einen Aufenthalt von 8—14 Tagen in einem stillen Dorf, für einen Pfad am Esch und eine einfache Lagerstätte bei einer menschenfreundlichen Familie! Um diese Wohltat auch solcher Frauen zu ermöglichen, die keine Verwandten auf dem Lande haben, hat die Landesgeschäftsstelle des Evangelischen Volksbundes einen Vorschlag an ihre Ortsgruppen gerichtet und sich bereit erklärt, Anmeldungen für Sommerhilfe sowohl von Gattinnen als von Erholungsbedürftigen entgegen zu nehmen. Besorgt soll werden für Frauen aller Stände, die bei den heutigen Preisen aus eigenen Mitteln keine Sommerreise bestreiten können, auch solche, die zu einer möglichen Entschädigung bereit wären, damit sie vor ihren Haushaltungen abkommen können, wird an ihren Wohnorten ebenfalls die inaktive Nächstenliebe aufgerufen. Mögen alle, die dazu imstande sind, dieses Werk fördern.

Der Milchpreis in Württemberg, nachdem die letzten Verhandlungen zwischen den landwirtschaftlichen Verbänden und den Vertretern der Verbrauchsgemeinden zu keiner Einigung geführt hatten, durch Schiedspruch vom 11. Mai an auf 150 Mark ab. Stall zusätzlich 25 Mark Vertragszuschlag insgesamt auf 175 Mark das Liter festgesetzt worden. Diese Erhöhung um 25 Prozent entspricht der Mindestforderung der Landwirte. Ende Mai werden neue Verhandlungen geführt werden.

Keine Volkszählung. Die für 1923 vorgesehene Volkszählung ist von der Reichsregierung verworfen worden.

Das Farigeld. Die Postkassen sind angewiesen, bei Zahlungen sich in größerem Umfang des neuen Aluminiumgeldes zu bedienen, das bei allen Reichsbankstellen in größerer Menge bereit liegt.

Warnung an alleinstehende junge Mädchen! Die Bahnhofsmission schreibt uns: Möglichst werden junge Mädchen auf der Reise beschützt, durch eigene Fahrscheine um ihr Hab und Gut, sowie um ihre Ausweise geborgt. Niemand vertraue fremden Unbekannten auf der Bahnfahrt oder in den Wartesälen sein Gepäck, Geld, Wertgegenstände oder Personal ausweise an, auch nicht zur Bewachung. Niemand lasse sein Gepäck unbeaufsichtigt stehen oder stecke die Geldtaschen in offene Manteltaschen. Jeder hüte sich während der Fahrt oder in den Wartesälen vor dem Einschleusen. Niemand vertraue sich selbst Unbekannten an, die unter dem Deckmantel fremdbürgerlicher Hilfsbereitschaft sich an jedem Mann heranzubringen. Wer diese Warnungen nicht befolgt, setzt sich die Gefahr aus, daß er bei Säuberung der Bahnhöfe und Wartesäle von unsicheren, unläutbaren Personen durch die Bahnpolizei von dieser selbst festgenommen und sogar in polizeilichen Gewahrsam eingeliefert wird, sofern er sich nicht ausweisen kann. Jedes junge Mädchen verleihe sich mit einem Ausweis, wenn es sich auf Reisen begibt.

Illerlei

Stiftung. Die Frau Großherzogin von Sachsen-Weimar-Eisenach hat zum Gedächtnis für den jüngst verstorbenen Großherzog Wilhelm Ernst dem Sophien-Krankenhaus in Weimar eine Stiftung von 20 Millionen Mark gemacht.

Im hundertsten Geburtsjahr gestorben ist eine Frau Friederike Meißner in Schöndorf (Oberlausitz). Sie war am 23. April 1823 geboren und starb am 23. April 1923 im Alter von 100 Jahren.

Strafsteuer nach Brieftorte. Die Stadtgemeinde Naumburg erhebt für jeden Hund das 10fache der Gebühr für einen Fernbrief, gegenwärtig also 10 000 Mark.

500 000 Mark Geldstrafe wegen Verkaufs in englischer Währung. Die Landwirtsehefrau Rosa Prager in Bad Lögau (Oberbayern), die ihr Töchter Gut an einen Frankfurter Kaufmann um 600 englische Pfund verkauft hatte, wurde wegen Vergehens gegen das Devisengesetz zu 500 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Untererschlagung. Ein Beamter der städtischen Sparkasse Höchst a. M., Adolf Schmitt, unterschlug 77½ Millionen Mark. Die Sparkasse ließ einige Autos beschlagnahmen die Schmitt gehörten.

Sich selbst geköpft hat der Schuhmacher Reih in Reulshaus (Thüringen). Er sollte wegen Diebstahls verhaftet werden. Da brachte er durch Zerbeißen eine Sprengpatrone zur Entzündung, die ihm glatt den Kopf abriß.

Taschendiebstahl. Die neueste Erscheinung im Verbrechen sind die Taschendiebstahl, die außen am Haus hinaus klettern und durch Fenster in die Wohnungen einbrechen. In einem Bräutchen im Berliner Westen haben solche Eindringlinge wieder Silberzeug im Wert von 40 Millionen Mark erbeutet.

Die Fingerringe. In dem D-Zug Hamburg-Berlin wurden 20 Fingerringe von 4 Fingerringern durch Messerstücke von

Neckar-Goldanleihe

Zeichnungsaufforderung

5%ige reichsmündelsichere Goldanleihe

(4,20 Goldmark = 1 Dollar)
der

Neckar-Aktiengesellschaft, Stuttgart

zum Ausbau von Wasserkraftwerken am Neckar, unter gesamtschuldnerischer Bürgschaft des Deutschen Reichs sowie der Länder Württemberg, Baden und Hessen für Kapital und Zinsen, dinglich sicherzustellen auf den Grundstücken und Anlagen der Neckarwasserkraftwerke Neckarsulm und Wieblingen.

Im Auftrag und für Rechnung der Neckar-Aktiengesellschaft wird hiemit von der vorstehend beschriebenen Neckar-Goldanleihe ein Betrag im Geldwert von

Einer Million Goldmark

für öffentliche Zeichnung unter folgenden Bedingungen aufgelegt:

1. Zeichnungen werden vom 7. bis 24. Mai 1923 bei den unterzeichneten Stellen und deren sämtlichen Niederlassungen während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden entgegengenommen. Anmeldescheine sind bei den Stellen kostenfrei zu haben. Früherer Zeichnungsschluss bleibt vorbehalten.
2. Die einzelnen Schuldverschreibungen lauten über den Geldwert von
10,5 Goldmark (= 2,5 Dollar), 42 Goldmark (= 10 Dollar),
21 Goldmark (= 5 Dollar), 105 Goldmark (= 25 Dollar),
420 Goldmark (= 100 Dollar).
3. Die Zeichnung erfolgt zum Kurse von 93,50 % unter Zugrundelegung des lehtnotierten Berliner Briefkurses für Kabel New-York vor dem Zeichnungstag, abgerundet auf volle 50 Mk. nach unten.
Eine Stückzinsenverrechnung findet nicht statt. Eine Börsenumsatzsteuer ist nicht zu entrichten. Teilschuldverschreibungen oder Schuldscheindarlehen der alten 5%igen Anleihe der Neckar-A.-G. von 1921 werden bis zur Höhe des Zeichnungspreises der Goldanleihe zum Kurs von 115 % unter Verrechnung von Stückzinsen in Zahlung genommen.
4. Gezeichnete Stücke gelten als voll zugeteilt und sind sofort zu bezahlen.
5. Für die Zuteilung stehen gegebenenfalls weitere Beträge zur Verfügung.
6. Die Stücke werden mit möglichster Beschleunigung fertiggestellt und nach besonderer Bekanntmachung ausgehändigt werden.

Im Mai 1923.

Württembergische Vereinsbank.

Preußische Staatsbank (Seehandlung).	Doertenbach & Co. G. m. b. H.
Berliner Handels-Gesellschaft.	Paul Kapff.
S. Bleichröder.	G. H. Keiler's Söhne.
Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft.	Gebrüder Rosenfeld.
Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien.	Württembergische Notenbank.
Delbrück Schickler & Co.	Verband württembergischer Bankiers.
Deutsche Bank.	Württembergische Girozentrale.
Direction der Diskonto-Gesellschaft.	Centralkasse Würt. Genossenschaften e. G. m. b. H.
Dresdner Bank.	Landw. Genossenschafts-Zentralkasse e. G. m. b. H.
Hardy & Co. G. m. b. H.	Handels- und Gewerbebank Heilbronn A.-G.
Mendelssohn & Co.	Rümelinbank A.-G.
Mitteldeutsche Creditbank.	Rheinische Creditbank.
Reichs-Kredit-Gesellschaft m. b. H.	Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.	Badische Girozentrale.
Barmer Bank-Verein Hirsberg, Fischer & Comp.	Hessische Girozentrale.
Essener Credit-Anstalt.	Bank für Thüringen vorm. B. M. Strupp Aktiengesellschaft.
Frankfurter Bank.	L. Behrens & Söhne.
Norddeutsche Bank in Hamburg.	Deutsche Vereinsbank.
	Landesbank der Rheinprovinz.
	A. Levy.
	A. Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G.
	Lazard Speyer-Ellissen.
	M. M. Warburg & Co.

1148

Gewerbeschule Nagold.

Stundenplan.

Ia Dienstag	7-12 und Mittwoch	5-7
Ib Montag	8-12 und Mittwoch	3-6
Ic Donnerstag	8-12 und Mittwoch	1-4
IIa Mittwoch	8-12 und Freitag	8-12
IIb Dienstag	8-12 und Freitag	8-12
IIc Freitag	7-12 und Dienstag	4-7
IIId Mittwoch	7-12 und Dienstag	1-4
IIIa Montag	7-12 und Dienstag	4-7
IIIb Donnerstag	7-12 und Dienstag	3-6
IIIc Mittwoch	1/8-12 und Montag	1/8-6
IIId Montag	7-12 und Freitag	1-4
IVa Freitag	1/2-1/6	
IVb Donnerstag	1/2-6	
IVc Montag	1/2-6	

Handelsabteilung I	Donnerstag	7-12
Handelsabteilung II/III	Dienstag	7-12
Stenographie I (Anfänger)	Montag	6-8
Stenographie II (Fortgeschritt.)	Mittwoch	6-8

Der neue Stundenplan beginnt Montag, den 7. Mai Nagold, den 5. Mai 1923. Deutelpacher.

Consum- u. Sparverein Nagold und Umg. e. G. m. b. H.

Am Sonntag, 13. Mai 1923, nachm. 4 Uhr findet im Traubensaal in Nagold die ordentliche Generalversammlung statt.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Kassenbericht.
3. Revisionsbericht.
4. Genehmigung der Bilanz u. Beschlussfassung über die Verwendung des Reinertrages.
5. Entlastung des Vorstandes.
6. Ergänzungswahl in den Vorst. u. Aufsichtsrat.
7. Satzungsänderung (§§ 30, 33, 43).
8. Anträge und Sonstiges.

NB. Anträge zur Generalversammlung müssen spätestens bis Donnerstag, den 10. Mai, abends bei dem Unterzeichneten eingegangen sein. Die Mitglieder werden zu zahlreichem Besuch eingeladen.

Der Aufsichtsrat:

J. A. Josef Hg.

1172 Vortrag: Sonntag, d. 6. Mai abds. 8 Uhr Trauben-Saal Nagold. „Der kommende Rassenkampf“.

Eintritt frei! 1178 Der Referent.

Löwenlichtspiele.

Der glühende Kristall Vor den Toren der Hölle

4. Teil in 6 Akten sowie Beiprogramm.

Samstag abds. 8.15

Sonntag 2.15 4.30, 8.15

Crude-Herde

vorzügliche Ausführung mit Schneefestung, vollständig handfrei.

Volksgarden

für kleinere Haushaltungen.

Bohner & Pfaffmann, Stuttgart, Marienstr. 30.

Größtes Spezialgeschäft, daher billigste Preise.

Einläufer bedenkender Firma kauft jeden Posten Möbel

gegen höchste Preise, Angebote unter S. W. 5704 an Rudolf Woffe, Stuttgart a. d. Brühl.

Oberschwanden, Eiben gebrauchten

Sub-Wagen

verkauft: Bärtle Schmid.

Heute abds 7 1/2 Uhr gemüthliches Zusammensein

sämmtlicher 1903er in der „Waldlust“.

Mehrere 20er.

Gesangbücher

empfehlen

G. W. Zaiser, Nagold.

Gottesdienstordnung.

Evang. Gottesdienst Sonntag Nagold (6. Mai) vorm. 10 U. Predigt (Otto)

11 Uhr Kinderkatech. 11 U. Christenlehre (T. Köhler).

8 Uhr abends Erbauungsst. im Vereinshaus (W. J. Reys).

Donnerstag 10. Mai Himmelfahrtstag Nagold 1/8 Uhr Frühgottesdienst in der Friedhofskirche. Vorm. 1/10 U. Predigt in d. Stadtkirche (Otto)

Fleishhausen: Sonntag vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst (W. J. Reys). Himmelfahrtstag 9 Uhr 3. Predigt.

Ev. Gottesdienste der Methodistengemeinde Sonntag vorm. 1/10 Uhr Predigt (S. Eiser), 1/11 U. Sonntagsschule, 2 U. Jungfrauenverein und Jünglingsverein, abends 8 Uhr Predigt.

Montag abends 8 1/2 U. Evangelische. Mittwoch abends 8 1/2 U. Gebetsstunde. Fleishhausen Sonntag abds. 8 U. und Dienstag abds. 8 1/2 U. Gottesdienst bei d. G. Evang. Kathol. Gottesdienst.

Sonntag, 6. Mai 1/8 Uhr Gottesdienst in Nagold, 1/10 U. Gottesdienst in Nagold, 1/2 U. Sonntagsschule, 2 U. Andacht, Donnerstag 10. Mai Christi Himmelfahrt 1/8 U. Feiertag, 9 U. Andacht, 1/8 Uhr Andacht in Nagold, 1/8 Uhr Andacht in Nagold, 1/8 U. Gottesdienst in Nagold, Sonntag und Freitag abends 8 Uhr Malandoch.

Deckenfraun

Bahnstation Göttringen und Wilsberg.

Eichen-Verkauf.

Am Montag, den 14. Mai 1923, werden im Distrikt Os. Wald versteigert: 250 Eichen mit 100 cm Durchmesser 75 St. mit über 30 cm Durchmesser und 150 eichene Baumstämme. Zusammenkunft 8 Uhr beim Rathhaus. Auszüge wollen bei Waldmeister Dongus bestellt werden.

1165

Gemeinderat.

Hochzeitskarten fertigt G. W. Zaiser

Ein über 2 Str. schweres

fettes

Schwein

taucht gegen

Einstellrindle

Wer? sagt die Weichheits-Heile d. Bl.

Wieder eingetroffen:

Terrazzo-Platten

in den Farben weiß-schwarz und weiß-rot, abtaster, dauerhafter und billiger Fußbodenbelag für Küchen und Bäder.

Hugo Rau

Baumaterialien

Calw. Fernspr. 8.

Rucksäcke
Gamaschen
Windjacken
Sport-Stiefel
Wanderhosen
Sporthaus Mangold
Stuttgart
Charlottenstr. 6.

Kiste empf. G. W. Zaiser.

